



Herrn
Kreispräsidenten
des Lauenburgischen Kreistags
Meinhard Füllner
Kreishaus

RATZEBURG

Jens Meyer

Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion

Tel. 04153 55 88-0

Fax: 04153 55 88-22

anwalt@kanzleimeyer.de

Lauenburg/Elbe, den 03.06.2014

Nächste Sitzung des Kreistages am 19. Juni 2014

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,

die Fraktion der SPD stellt zur nächsten Sitzung des Kreistages den folgenden Antrag:

Fortentwicklung der aufsuchenden Straßensozialarbeit im Kreis Herzogtum Lauenburg

Die SPD-Fraktion beantragt der Kreistag möge beschließen:

Der Kreis Herzogtum Lauenburg schätzt die durch Kreis und Kommunen zu gleichen Teilen finanzierte, aufsuchende Straßensozialarbeit als nachhaltigen Beitrag zum Allgemeinwohl und wichtigen Bestandteil seiner Arbeit als Träger der Jugendhilfe.

Angesichts der Wichtigkeit dieses gemeinsamen Engagements von Kreis und Kommunen als wesentlichen Baustein vorbeugender Sozialpolitik beschließt der Kreistag:

1. In 2015 ein Konzept zur flächendeckenden Sicherstellung von aufsuchender Straßensozialarbeit im Kreis zu erarbeiten.
Mit der Erarbeitung wird der zuständige Fachausschuss betraut.
2. Das von der Diakonie in Zusammenarbeit mit der Stadt Ratzeburg bisher eigenständig aus Projektmitteln des Bundes, finanzierte Projekt zur aufsuchenden Jugendarbeit für das Haushaltsjahr 2015 mit 50% der anfallenden Kosten zu fördern.
3. Erforderliche Mittel werden im Rahmen der Haushaltsaufstellung bereitgestellt.

Begründung:

Die als Reaktion auf die Brandanschläge in Mölln gefällte Entscheidung sich für aufsuchende Straßensozialarbeit einzusetzen, ist rückblickend betrachtet richtig und wichtig gewesen.

Nach nunmehr 22 Jahren hat sich gezeigt, dass auch die Entscheidung dieses Projekt zu verstetigen und das gemeinsame Engagement auszuweiten, richtig war. Mittlerweile gibt es

in 5 Kommunen des Kreises Angebote aufsuchender Straßensozialarbeit und sie werden intensiv genutzt.

Die Erfahrung hat allerdings auch gezeigt, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht ausreichen um ein flächendeckendes Angebot zu gewährleisten. Um nun möglichst im gesamten Kreisgebiet einen annähernd gleichen Versorgungsgrad zu gewährleisten, sehen wir es als notwendig an, dass sich der Kreis mit der Fortentwicklung des Konzepts der aufsuchenden Straßensozialarbeit befasst.

Bezüglich der Mittelbereitstellung für das Projekt der Stadt Ratzeburg sehen wir es als unerlässlich an die gewachsenen Strukturen zu sichern und schlagen deshalb eine Befristung auf ein Jahr vor. Wichtig ist uns, dass dies keine Dauerlösung sein kann sondern vielmehr dem Erhalt des Status quo dient, bis ein flächendeckendes Konzept vorliegt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktion:

Manfred Börner, Maja Bienwald, Fabian Harbrecht